Inge Wettig-Danielmeier, MdB

Die Quote in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) - ein Weg zu mehr Frauenbeteiligung in der Politik

Seit mehr als 100 Jahren kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Gleichheit von Männern und Frauen. Alle entscheidenden Fortschritte wie das Frauenwahlrecht, die Gleichstellung von Frau und Mann in der Verfassung und die institutionalisierte Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen in Deutschland sind von der SPD durchgesetzt worden. Auch die Quote - die, in der Parteisatzung verankert, eine Mindestabsicherung für beide Geschlechter bei Parteifunktionen und Parlamentsmandaten vorsieht - hat die SPD als große Volkspartei eingeführt.

Auch wenn August Bebel, der einflussreichste Politiker und Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg, proklamiert hat, es gebe keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter, so hat die praktische Umsetzung innerhalb der SPD wie auch in der Gesellschaft lange Zeit gebraucht. Wir sind diesem Ziel etwas näher gekommen, aber angekommen sind wir noch nicht.

Programmatische Ziele der SPD

Im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 heißt es:
"Unter der Spaltung in eine männliche und eine weibliche Welt leiden beide, Frauen und Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander. Diese Spaltung wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an. Der rechtlichen Gleichstellung muss die gesellschaftliche folgen. Dies bedeutet nicht die Integration der Frau in eine Männerwelt, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!"

Provozierende Sätze! Um so provozierender, als sie heute, mehr als ein Jahrzehnt später, immer noch die Wirklichkeit beschreiben: Die Welt ist gespalten, vielfach gespalten, unter anderem auch gespalten in eine Männer- und eine Frauenwelt. Und diese Spaltung deformiert die Menschen.

Den spitzesten Stachel, einen Stachel mit Widerhaken, aber enthält der Satz: "Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!" Im Umkehrschluss bedeutet er nämlich: Die männliche Gesellschaft ist unmenschlich. Was heißt das?

Eine Gesellschaft, in der Hierarchien durch das Geschlecht bestimmt werden, eine Gesellschaft, die ihre Aufgaben verteilt nach solchen für Frauen und solchen, für die nur Männer geeignet sind, eine Gesellschaft, in der einem Teil der Menschen, nämlich den Frauen, immer noch Schranken auferlegt werden, die ihre Selbstbestimmung einengen und sie daran hindern, ihren Fähigkeiten entsprechend zu leben und zu arbeiten - eine solche Gesellschaft ist unmenschlich, weil sie die Menschen - Frauen und Männer - ihrer Freiheit und Würde beraubt.

Viel erreicht, aber noch lange nicht am Ziel
Wir haben viel erreicht in der Gleichberechtigungs- und Gleichstellungspolitik. Gewaltige Schritte vorwärts wurden insbesondere während der sozialliberalen Koalition getan, die das Familien- und Scheidungsrecht entrümpelte.
Die rot-grüne Bundesregierung will Chancengleichheit für Männer und Frauen als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern vorantreiben ("Gender mainstreaming") und Frauen gemäß dem Verfassungsauftrag von Art. 3 Grundgesetz gezielt fördern. So sollen mit dem Programm "Frau und Beruf" und der Reform des Erziehungsurlaubs die Bedingungen für die berufliche Entwicklung von Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden.

Der lange Weg zur Quote
Mit ihren innerparteilichen Veränderungen waren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Motor für Gleichberechtigung und Gleichstellung, trotz der Fehler und Irrtümer, die dabei auch unterliefen.

Bei aller Bescheidenheit: Wenn es das Engagement der SPD-Frauen nicht gegeben hätte, wenn wir uns nicht gegen die Häme der Genossen gestählt, uns nicht mit Hartnäckigkeit gewappnet und uns nicht Durchhaltekraft antrainiert hätten, wenn wir nicht an Mitstreitern wie Willy Brandt, Egon Bahr und Horst Ehmke immer wieder auch unser Vertrauen in die Einsichtsfähigkeit der Männer hätten auffrischen können, die Partei würde womöglich heute noch, was Gleichberechtigung und Gleichstellung angeht, in Vor-Bebelschen Zeiten stecken.

Es war ein langer und harter Weg und ein Weg schmerzlicher Erkenntnisse. Dieser Weg hieß und heißt "Quote". Was Außenstehenden vielleicht nicht bekannt ist, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), erst 1972 gegen mancherlei Widerstände gegründet, hat sich zunächst überzeugt und, wie sich später herausstellen sollte, ziemlich blauäugig gegen eine Quote für die Beteiligung von Frauen an Parteiämtern und Mandaten ausgesprochen, auch ich selbst.

Wir kämpften natürlich für Gleichheit und gegen die gesellschaftliche Benachteiligung der Frauen, und deshalb beschloss die ASF 1977 auch die Forderung nach einer Quotierung der Ausbildungsplätze und bei Stellenbesetzungen in der Wirtschaft. Aber unsere Partei, das war - so glaubten wir - etwas ganz anderes. Diese unsere Partei, in der schon Bebel proklamiert hatte: "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter", diese Partei würde die Gleichstellung in den eigenen Reihen freiwillig schaffen und aus innerer Überzeugung - glaubten wir.

Und so setzten wir auf Gleichstellungs-Kommissionen und deren Berichte, auf Reden, auf Bildungs- und Überzeugungsarbeit und auf all die kleinen Schritte, die den Prozess der innerparteilichen Beteiligung und Gleichstellung der Frauen vom Ausgang des letzten Jahrhunderts an geprägt hatten:

So war schon 1890 in der Satzung der Partei festgelegt worden, dass Frauen eigene Delegierte zum Parteitag entsenden können. 1894 verteidigte der Zentralsekretär Ignaz Auer diese Regelung: "Wir müssen der sozialdemokratischen Frauenbewegung Gelegenheit zur Vertretung auf den Parteitagen geben, ohne dass sie von der Gnade der Männer abhängig ist. Diese Abhängigkeit hat sich nicht bewährt."

1908 beschloss die SPD, dass Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl im Vorstand vertreten sein sollten. Gleichzeitig wurde im Parteivorstand ein eigenes Frauensekretariat eingerichtet. Die Frauensekretärin Luise Zietz war Mitglied des Vorstandes.

Auf dem Heidelberger Parteitag wurde in den zwanziger Jahren die Forderung nach einer Vertretung von Frauen bei Mandaten und Funktionen entsprechend ihrem Mitgliederanteil beschlossen. Und siehe da: 1925 - die Partei hatte 16 Prozent weibliche Mitglieder in Preußen - saßen in der SPD-Fraktion des Preußischen Landtags auch 16 Prozent Frauen.

Diese schöne Entsprechung wurde allerdings bis Ende der 80er Jahre nie wieder erreicht:
1949 bestand die Partei zu 19 Prozent aus Frauen - in der Bundestagsfraktion waren es 9,5 Prozent.
1972 hatte die SPD 18,7 Prozent weibliche Mitglieder - im Bundestag saßen 5,4 Prozent.

Das alles war nichts anderes als eine offene Verletzung der Satzung - sowohl bei der Verteilung der Mandate als auch bei der Besetzung von Parteifunktionen. Lediglich im Parteivorstand wurde die vorgeschriebene Mindestzahl von vier Frauen eingehalten. Die Quote gab es, aber keine Verfahrenswege.

1971 verlangten dann vor allem junge Genossinnen die Abschaffung aller Sicherungsklauseln. Schon bei den nächsten Vorstandswahlen fielen die Frauen prompt durch. Anstelle der bis dahin fünf Frauen im Parteivorstand gab es nur noch zwei.

Und die ASF? Die setzte ungeachtet all dieser Erfahrungen auf innerparteiliche Gleichstellung ohne Schutzklauseln. 1977 konnten wir zwar eine paritätisch besetzte "Arbeitsgruppe Gleichstellung" in der SPD durchsetzen - gleichberechtigte Vorsitzende waren der Parteichef und die ASF-Vorsitzende. Die Mehrheit der Arbeitsgruppe schlug sich nur allzu gern auf die Seite der Quoten-Gegnerin ASF.

1979 waren dank des Einsatzes von Willy Brandt für die SPD 20 Prozent Frauen in das erstmals direkt gewählte Europäische Parlament eingezogen.

Ebenfalls 1979 wurden auf dem Parteitag in Berlin Anträge der Arbeitsgruppe Gleichstellung beschlossen, die auf gemeinsames Handeln von Männern und Frauen, auf einen Umdenkungsprozess und auf Berichte und Verbesserungsvorschläge setzten - nur nicht auf die Quote. Statt dessen bekannte

sich die Partei in schönen Worten zur Gleichstellung und erklärte: "Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frau ernst macht." Wenn!

Immerhin baute der Parteitag einen Vorstandsbalkon und hievte so mehr Frauen (aber auch Männer) in das Führungsgremium der SPD.

Schon auf dem Parteitag von 1982 in München lagen aus den meisten Bezirken aber keine Berichte zur Gleichstellung vor, und es gab auch kaum Verbesserungsvorschläge. Bei den Vorstandswahlen wurden nur sechs Frauen in den vierzigköpfigen Parteivorstand gewählt. Ein Drittel der Kandidatinnen fiel durch, bei den Männern betrug die Durchfallquote nur ein Zehntel. Und so ging es weiter und weiter: kleine Fortschritte und wieder Rückschritte oder Schritte zur Seite, dann auch wieder positive Signale wie die, dass Hans-Jochen Vogel 1983 acht Frauen für eine Regierungsbildung vorstellte; dass Björn Engholm in Schleswig-Holstein ein paritätisch besetztes Wahlkampfteam bildete; dass Klaus von Dohnanyi vier Frauen an seiner Regierung in Hamburg beteiligte; und dass Katharina Focke Spitzenkandidatin für die Europawahl 1984 wurde.

Aber unter dem Strich herrschte zunehmend Frust bei den Frauen. Als Berichterstatterin für die Arbeitsgruppe Gleichstellung kam ich nicht umhin festzustellen, dass es für die Vorstandswahlen weiterhin düster aussehe: Es gebe zwar genügend qualifizierte Frauen, es seien auch genügend Frauen zur Kandidatur bereit - nur hätten sie leider nicht die Unterstützung ihrer Bezirke und Landesverbände. Denn unser eingespieltes System der Kandidaturen für den Parteivorstand, das vor allem auf die regionale Vertretung abstellt, blockierte weitere Frauenkandidaturen.

Die Kandidatinnen-Aufstellung für die Bundestagswahl 1985 wurde ein Debakel! Die Appelle Willy Brandts und Jochen Vogels - ein Schlag ins Wasser. Das "Zielzahlenkonzept" - ein gut gemeintes Reformgebäude, im Parteirat 1985 beschlossen, war auf Sand gebaut. Ein ähnliches Zielzahlenkonzept ist heute das Quorum der CDU von 1997.

Der ASF-Bundeskonferenz lagen im Oktober 1985 neben dem Zielzahlenkonzept auch mehrere Quotenanträge vor. Ich selbst glaubte an die Reformfähigkeit der Partei und hatte deshalb zunächst an den Zielzahlen festgehalten. Aber während der Debatte gewann ich immer mehr die Überzeugung: Es geht nicht ohne Quote! Ich schlug daraufhin eine in der Satzung abgesicherte Quote von mindestens 40 Prozent für Frauen und Männer vor, und die Konferenz schloss sich an. Ziel sollte die hälftige Beteiligung von Frauen und Männern sein.

Ungefähr zeitgleich hatte es bei den Jungsozialisten (Jusos) eine eruptive Auseinandersetzung gegeben. Anders als in der SPD waren die Jusos in ihrer Mehrheit davon ausgegangen, dass der "Nebenwiderspruch" Frauendiskriminierung sich mit der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse von selbst erledigen würde. Zur Änderung der Gesellschaft waren Frauen aber

erst mal nicht unbedingt nötig. Sie störten mit ihren Forderungen nur die "ernsten" Auseinandersetzungen der verschiedenen linken Glaubensrichtungen.

Noch 1982 hatten die Jusos mit allen Geschäftsordnungsmitteln Frauenkandidaturen für den Bundesvorstand zu verhindern versucht, allerdings vergeblich. Zwei Jahre später setzten die Jungsozialistinnen eine Bundesfrauenkonferenz durch und verlangten einen Frauenanteil entsprechend dem Mitgliederanteil von 30 Prozent in allen Gremien. Plätze, die nicht besetzt werden könnten, sollten offengehalten werden. Neben verschiedenen Anträgen von Gliederungen der SPD und der ASF zur Quotierung gab es damit den ersten deutlichen Quotenbeschluss einer Bundesorganisation der SPD. Dass er keine unmittelbaren Auswirkungen hatte, lag an der Außenseiterrolle, die die Jusos damals in der SPD spielten.

Der Parteitag 1986 in Nürnberg nahm den Quoten-Vorschlag der ASF im Grundsatz an und beauftragte die Gleichstellungs-Arbeitsgruppe damit, die satzungsmäßigen Voraussetzungen zu erarbeiten und überdies zu prüfen, ob der Quotenbeschluss Konsequenzen für das Wahlrecht haben müsse.

Der Beschluss des Nürnberger Parteitags wäre allerdings kaum ohne den Beitrag zustande gekommen, den die seit 1984 geführte Programmdebatte inzwischen geleistet hatte. In dem von der Programmkommission bei dem Parteitag in Nürnberg vorgelegten Zwischenbericht war das Thema "Gleichstellung" zum ersten Mal nicht nur ein Anhängsel. Nein, die Gleichstellung und die dafür notwendige Änderung in der Rollenverteilung durchzog das gesamte Konzept.

In der Programmkommission waren vier Frauen: Ilse Brusis, Sigrid Skarpelis-Sperk, Heidi Wieczorek-Zeul und ich. Vier Frauen von insgesamt 16 Mitgliedern, das waren 25 Prozent. Ich kann nicht sagen, dass die Auseinandersetzungen mit den restlichen 75 Prozent immer erfreulich gewesen wären. Aber die sozialdemokratische Solidarität hat sich zuletzt doch durchgesetzt, die Auseinandersetzungen waren von Erfolg gekrönt.

Der Irseer Programmentwurf machte deutlich, dass die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann mit grundlegenden Veränderungen unseres eigenen Lebens einhergeht, dass nur eine andere Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann zur Gleichstellung führt und dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere programmatischen Vorstellungen selbst leben müssen - vor allem in unserer eigenen Partei. Noch deutlicher machte dies das endgültige Berliner Programm, aus dem ich eingangs einige wesentliche Leitsätze zitiert habe.

Die Programmdiskussion hat uns sehr geholfen bei unseren Werbefeldzügen für eine in der Satzung verankerte Quote. Aber es blieb mühsam: Die notwendigen Satzungsänderungen mussten auf Unterbezirks- und Bezirksparteitagen vertreten werden. Wir brauchten eine Zwei-Drittel-Mehrheit auf dem Bundesparteitag.

In dieser Situation bedeutete die juristische Schützenhilfe eine große Unterstützung: Auf einem Wahlrechts-Kolloquium im Oktober 1986 zu Ehren von Elisabeth Selbert, der wir den Gleichberechtigungsartikel im Grundgesetz verdanken, wurde von den meisten Staatsrechtlern und einer Staatsrechtlerin vorgeschlagen, das Aufstellungs- und Wahlverfahren in der Parteisatzung im Sinne einer Quotenregelung neu zu gestalten. Insbesondere Dieter Grimm, später Bundesverfassungsrichter im Ersten Senat, Klaus Lange und Hans-Peter Schneider ermunterten uns. Sie leiteten von der Programmfreiheit der Parteien ab, dass diese auch die Möglichkeit haben müssten, ihre programmatische, auf Gleichstellung gerichtete Überzeugung in der Satzung umzusetzen. Der Verfassungsrechtler Ingwer Ebsen kam in einem für den Parteivorstand erstellten Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Quote verfassungskonform sei.

Klaus Lange unterstrich 1988 in der Neuen Juristischen Wochenschrift nicht nur die Verfassungskonformität einer Quote in der Parteisatzung, sondern warf auch die Frage auf, ob es nicht geradezu geboten sei, das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes durch kompensierende Maßnahmen bei der Kandidatenaufstellung für öffentliche Wahlen und bei Wahlen für Parteifunktionen durchzusetzen.

Hans-Peter Schneider hatte im Oktober 1986 ähnlich argumentiert: Aus dem Grundsatz der gleichen Wahl in Verbindung mit Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes leite er, so Schneider, sogar den Gesetzgebungsauftrag ab, für Frauen rechtliche Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, sich mit den gleichen Erfolgschancen wie Männer um Mandate in den Parlamenten zu bewerben.

Das Ergebnis dieser jahrelangen Anstrengungen: Am 30. August 1988 hat die SPD auf dem Parteitag in Münster nach heftiger Diskussion ihren Quotenbeschluss gefasst, der eine 40prozentige Mindestabsicherung für beide Geschlechter vorsieht. Diese Quote sollte in mehreren Stufen bis zum Jahr 1994 bei Parteifunktionen und bis 1998 für Parlamentsmandate umgesetzt werden.

"Die Quote" wurde zum Wort des Jahres.

Die Umsetzung der Quote

Die Quoten für Parteifunktionen sind inzwischen umgesetzt worden. Auf Parteitagen der verschiedenen Ebenen sind in der Regel zwischen 40 und 55 Prozent Frauen vertreten. Die Frauenanteile im Präsidium, Parteivorstand und im Vorstand der Bundestagsfraktion liegen durchgängig über 45 Prozent. Die Umsetzung bei Mandaten wurde im ersten und zweiten Schritt ohne Einschränkung vollzogen. Die Mindestbeteiligung von 40 Prozent, die erstmals 1998 erfüllt werden sollte, wurde nicht erreicht: Im Bundestag zählt die SPD-Fraktion zur Mitte der Legislaturperiode im Jahr 2000 188 Männer und 109 Frauen, das entspricht einem Frauenanteil von 37% Prozent. Vier Frauen sind seit der Bundestagswahl 1998 nachgerückt. Die Mindestquote wurde damals um knapp 5 Prozent verfehlt, wenn auch der Frauenanteil gegenüber der vorherigen Wahlperiode leicht gesteigert werden

konnte. Die Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europa-Parlament hat dagegen mit 42,5 Prozent Frauen das Mindestziel schon bei den Wahlen von 1994 übertroffen und nach der Europawahl 1999 stabilisiert.

In den Landtagen und Kommunalparlamenten sind die Ergebnisse bisher sehr unterschiedlich, da Wahlgesetze und Wahlverfahren erhebliche Hürden bilden: Der Frauenanteil bei der SPD in den Landtagen reicht von 46,8 Prozent in Bremen bis hinunter zu 12,8 Prozent in Baden-Württemberg. Bayern weist 32,4 Prozent und Nordrhein-Westfalen 37,3 Prozent auf, obwohl das Landtagswahlrecht dort die Absicherung von Frauen erschwert. In Niedersachsen ist der Frauenanteil der SPD-Fraktion nach der Landtagswahl 1998 mit nur rund 24 Prozent enttäuschend und zeigt, dass die Frauen nicht genügend sichere Wahlkreise erringen konnten. Die Landesliste war bei dem guten Wahlergebnis ohne Wirkung. Die überwiegende Mehrzahl der Länder hat jedoch mehr als ein Drittel weiblicher SPD-Abgeordnete, das gilt auch für die ostdeutschen Länder.

Aber immer noch tun sich Wahlkreise bei der Aufstellung von Kandidatinnen schwer, merkwürdigerweise auch solche, die nicht zu gewinnen sind. Andererseits kommen Frauen nicht mehr nur aus unsicheren Wahlkreisen: In Niedersachsen kamen auch schon 1994 die Mehrzahl der Frauen direkt in den Bundestag, obwohl das Ergebnis damals mager war. 1998 wurden die meisten Frauen direkt gewählt (wie die Männer).

Was besonders wichtig ist: Der Stufenplan hat bewirkt, dass zu keinem Zeitpunkt Männer schlechtere Chancen hatten als Frauen. Das hat natürlich die Akzeptanz der Quote und ihre Umsetzung erleichtert. Frauen konnten sich darüber hinaus auch in Fraktionsvorständen und Ausschüssen durchsetzen.

Die Spitzenfunktionen sind allerdings nach wie vor Männersache. Rühmliche Ausnahmen sind die Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, die Landesvorsitzenden Bayerns, Niedersachsens, Baden-Württembergs und Sachsens sowie die Bezirksvorsitzende in Weser-Ems. Der übliche End- und Höhepunkt weiblicher Karrieren in der SPD ist nach wie vor das Amt der Stellvertreterin. Das ist so, und das ist zu bedauern. Aber es muss festgehalten werden: Die politische Quote wird umgesetzt.

Gemeinsam sind Frauen stärker

Die Quote hat dazu beigetragen, dass die Interessen und Erfahrungen von Frauen in die Politik eingebracht werden wie nie zuvor. Sie hat auch dazu beigetragen, dass Frauen sich so einbringen können, wie sie sind oder wie sie geworden sind. Frauen stehen nicht mehr unter dem Zwang, sich einerseits wie Männer zu verhalten und andererseits gleichzeitig das charmante und bescheidene Weibchen zu spielen.

Die Quote hat nicht nur die Repräsentanz der Frauen in den Parlamenten verbessert, sondern mittelbar auch neue Formen der Kooperation geschaffen. Dass mehr Frauen auch mehr Solidarität und mehr Erfolg durch unorthodoxen Umgang miteinander bedeuten kann, hat sich in der interfraktio-

nellen Zusammenarbeit bei der Strafrechtsreform zum § 218 ebenso gezeigt wie beim Thema Vergewaltigung in der Ehe, und sie zeigt sich auch beim weiblichen Gedankenaustausch über die Rentenprobleme. Das ist ein qualitativer Sprung in der politischen Auseinandersetzung.

Um es noch einmal zu sagen: Viele von uns, fast die ganze ASF und auch ich selbst, waren lange Zeit gegen die Quote. Wir lieben sie auch heute noch nicht, aber wir brauchen sie. Die Quote ist ein immer noch notwendiges Instrument. Und sie ist eine Erfolgsgeschichte. Das abwertende Gerede von der Quotenfrau ist fast aus der Diskussion verschwunden. Auch wenn es manche SPD-Frau schmerzt, dass die erste Parteivorsitzende in der Bundesrepublik von einer konservativen Partei gestellt wird. Die Frauen sollten das insgesamt positiv sehen und auch als Sieg ihrer eigenen Frauenpolitik. Bleibt zu hoffen, dass Angela Merkel keine Margaret Thatcher wird.

Die SPD hat von allen politischen Parteien die längste Emanzipationsgeschichte und deshalb auch die meisten Erfahrungen mit Niederlagen und Erfolgen. Diese Erfahrungen haben uns gelehrt: Instrumente wie Quoten, Gleichstellungsgesetze und Förderpläne sind hilfreich, aber sie setzen nicht automatisch eine Änderung der real existierenden Frauendiskriminierung in Gang. Diese Änderung müssen Frauen schon selbst bewirken. Jede an ihrem Platz.

Allen Erfolgen - auch den Erfolgen, die wir errungen haben - wohnt die Gefahr des Rückschlags inne. Der normal sozialisierte Mann als Macho ist keineswegs ausgestorben. Bei allen Bemühungen um Gleichheit in unserer Gesellschaft können Männer immer noch besser Beruf und Familie vereinbaren. Verheiratete Frauen werden in ihrer Karriere nachhaltig gestört, während verheiratete Männer um so besser vorankommen und aufsteigen.

Eine aktuelle Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zu "Frauenin-teressen und Frauenpolitik", die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen & Jugend durchgeführt wurde, bestätigt: Hauptanliegen der Frauen sind nach wie vor gleiche Entlohnung und gleiche Aufstiegschancen im Beruf. Noch vor dem Streit um die Aufgabenteilung im Haushalt birgt die Karriere der Frau den meisten Zündstoff.

Entgegen der häufig beschworenen Abkehr von emanzipatorischen Zielen stehen gerade bei den jungen Frauen unter 30 die Begriffe "Feminismus, Emanzipation und Frauenquote" hoch im Kurs.

70 Prozent der Bevölkerung begrüßen politisches Engagement von Frauen, während das von Männern mit nur 55 Prozent geringer anerkannt ist. Noch in den siebziger Jahren beurteilte die westdeutsche Bevölkerung das politische Engagement von Männern positiver als das von Frauen. Das sollte Frauen ermutigen. Bisher bezeichnen sich quer durch alle Alters- und Berufsgruppen nur 35% der Frauen als politisch interessiert. Sie liegen damit immer noch weit hinter den Männern zurück.

Wir sollten uns als Frauen bewusst sein, dass wir die Gesellschaft nur verändern können, wenn wir an erster Stelle selber anfassen. Die gleichen Rechte für Mann und Frau sind nicht vom Himmel gefallen, sie mussten Stück für Stück erkämpft werden.

Auch wenn uns die früheren Verhältnisse zunehmend absurd erscheinen: Wir Frauen sollten uns hin und wieder ins Gedächtnis rufen, dass noch vor 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Hausfrauenehe das Leitbild war, dass bis zur Reform des Ehe- und Familienrechts im Jahr 1977 der Ehefrau per Gesetz die Haushaltsführung oblag, dass die Frau bis zu diesem Zeitpunkt rechtlich nicht ohne Zustimmung ihres Mannes arbeiten oder den Wohnsitz wechseln durfte. Daran sollten sich die Frauen erinnern, damit sie auch künftig davon überzeugt sein können, dass die Gesellschaft veränderbar ist - auch wenn es manchmal schwer fällt, daran zu glauben.